

Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (21. Ausschuß)
gemäß § 62 Abs. 2 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Abgeordneten Frau Wollny und der Fraktion
DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/2002 —

Atommüllendlager „Schacht Konrad“ in Salzgitter-Bleckenstedt

A. Problem

Der Antrag fordert den Abbruch des Planfeststellungsverfahrens „Schacht Konrad“; zugleich sollen sämtliche sich auf diesen Schacht beziehenden Untersuchungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden; des weiteren sollen sämtliche für eine Errichtung als Endlager präjudizierende Tätigkeiten abgebrochen und „Schacht Konrad“ als Entsorgungsnachweis gestrichen werden.

B. Lösung

Der Ausschuß hat den Antrag bisher nicht abschließend beraten.

C. Kosten

Keine

Bericht der Abgeordneten Frau Dr. Segall**I.**

Die Fraktion DIE GRÜNEN hat mit Schreiben vom 29. März 1990 an die Präsidentin des Deutschen Bundestages gemäß § 62 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages beantragt, einen Zwischenbericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über den Stand der Beratungen der Vorlage auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages zu setzen.

Die Voraussetzungen für den Zwischenbericht sind erfüllt.

II.

Der Antrag wurde in der 141. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. April 1989 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft und an den Ausschuß für Forschung und Technologie überwiesen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat am 14. Juni 1989 die Vorlage beraten und einstimmig bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Forschung und Technologie hat sich in seiner Sitzung am 4. Oktober 1989 mit der Vorlage befaßt. Er hat empfohlen, den Antrag abzulehnen, und zwar hinsichtlich dessen Punkte 1, 3 und 4 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Fraktion der SPD bei Befürwortung der Frak-

tion DIE GRÜNEN und hinsichtlich des Punktes 2 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und einer Stimme der Fraktion der SPD bei Befürwortung seitens der übrigen Stimmen der Fraktion der SPD und der Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN.

III.

Der Antrag richtet an die Bundesregierung vier Forderungen:

- Sofortige Beendigung des Planfeststellungsverfahrens für „Schacht Konrad“;
- Ermöglichen des öffentlichen Zugangs zu den Daten der Untersuchungen;
- unverzügliche Beendigung sämtlicher für eine Errichtung als Endlager präjudizierender Tätigkeiten;
- Streichung von „Schacht Konrad“ als Entsorgungsnachweis.

IV.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag bislang nicht beraten, weil die Fraktion der SPD um Verschiebung gebeten hatte. Erst später hat die Fraktion der SPD die Verschiebung damit begründet, daß eine vertiefte Beratung mit den einzelnen Bundesländern erforderlich ist.

Bonn, den 25. April 1990

Frau Dr. Segall

Berichterstatte